

Mehr als 2.000 Teilnehmer setzen ein Zeichen gegen Extremismus

Kundgebung „Mut statt Angst“ auf der Fieser-Brücke übertrifft alle Erwartungen / Weitere Demonstration am 18. Februar geplant

Von Nico Fricke



Eine riesige Menschenmenge hat sich am Sonntagnachmittag versammelt, um für Demokratie und Freiheit zu werben. Foto: Irina Grinberg

Baden-Baden. Schon eine halbe Stunde vor Beginn der Kundgebung ist die Fieser-Brücke gut gefüllt. Am Ende der

Demonstration stehen die Menschen dicht gedrängt, von den Kolonnaden bis in die Lichtentaler Allee. 300 Teilnehmer hatte Organisator Benjamin Biesinger angemeldet. Mehr als 2.000 sind nach Polizei- und Veranstalterangaben gekommen.

„Wir sind Mutbürger. Wir sind die Mehrheit.“

Manuel Barale, Gymnasiallehrer

Warum? „Wir möchten in diesen holprigen Zeiten für die Demokratie eintreten“, sagt Christian Herbon. Mit Frau und Kindern ist er aus Gaggenau hergefahren. Auch das Ehepaar Bohl aus Baden-Baden sieht die Demokratie in Gefahr. So etwas wie im „Dritten Reich“ dürfe nie mehr passieren.

Sie sprechen wohl für alle, die am Sonntag dem Aufruf des „Bündnisses gegen Extremismus und für Demokratie – Mut statt Angst“ gefolgt sind, in der Kurstadt ein Zeichen gegen Extremismus zu setzen. Mit Plakaten, bunten Fahnen und Pappschildern machen sie deutlich, was Gymnasiallehrer Manuel Barale kurze Zeit später in Worte fasst. „Wir sind Mutbürger. Wir sind die Mehrheit.“

Zahlreiche Rednerinnen und Redner klettern nacheinander auf den Lkw. Der dient an der Fieser-Brücke als Bühne. „Es ist jetzt Zeit, sich zu entscheiden“, fordert Stephanie Mirow (Grüne Jugend): „Die Brandmauer darf nicht fallen für einen neuen Faschismus.“ Ihr Parteifreund Thomas Gönner fordert ein Prüfverfahren für ein AfD-Verbot. Es gibt viel Applaus. Den bekommt auch Patricia Schmidt (CDU) für ihre Aussage, sich gegen jede Form des Extremismus zu stellen. Pfiffe gibt es allerdings, als sie Parteipolitik betreibt.

Die Demonstration ist eine Reaktion auf die Berichte des Recherchezentrums Correctiv. Darin geht es um ein Treffen in Potsdam im Herbst vergangenen Jahres. AfD-Angehörige, aber auch Personen mit einem CDU-Parteibuch sollen dort über die sogenannte „Remigration“ diskutiert haben. Die hätte die Ausweisung von Ausländern, aber auch Deutschen mit Migrationshintergrund zum Ziel.

Ergreifend sind die Worte von Dirk Baranek (SPD), der sich um die Zukunft seiner persischen Lebensgefährtin Manijeh sorgt, die seit 40 Jahren in diesem Land lebt: „Du gehörst zu uns. Du wärmst uns das Herz.“ Die Menge applaudiert.

Wie man sich gegen extreme Tendenzen am besten schützt? „Wählen gehen“, fordern Oliver Ehret und Werner Henn (Pulse of Europe/Europa-Union) zur Teilnahme an der Europa- und Kommunalwahl am 9. Juni auf.

„Wow. Wir sind so viele“, stellen die Vertreterinnen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK), Mirjam Keim und Jaqueline Olesen, mit Blick auf die riesige Menschenmenge fest. Viel Applaus erhält Hatice Özütürk (Die Brücke, Rastatt): „Ich bin ein Gastarbeiterkind. Ich bin diesem Land auch dankbar. Das lasse ich mir nicht nehmen, von ein paar Menschen, die im Geschichtsunterricht nicht aufgepasst haben.“

„Dass wir heute alle hierhergekommen sind, ist ein erster Schritt“, sagt Rabbiner Daniel Naftoli Surovtsev (Jüdische Gemeinde): „Hass macht nicht glücklich.“ Und auch Barbara Hoffs (Deutsch-Israelische Gesellschaft) gibt einen Gedanken mit auf den Weg: „Keine Toleranz den Intoleranten.“ Eine weitere Kundgebung ist für den 18. Februar geplant.